

Klimakatastrophe

Kapitalismus und seine Kriege sind die größten Klimakiller

In den letzten Jahren wird durch die Wetterkapriolen (Temperaturanstieg, Hitze, Dürre, Wassermangel, Stürme, Starkregen, Hochwässer, Muren, Hangrutsche, Gletscher- und Polschmelze, Anstieg des Meeresspiegels, Klimaflüchtlinge, Hitzetote, Tote durch Unwetter...) auch in Österreich den Menschen immer mehr bewusst, dass der Klimawandel stattfindet, nicht weit weg passiert, zur Klimakatastrophe auch bei uns führt.

Seit rund einem Jahr, beginnend mit den Schülerstreiks gegen die Folgen des Klimawandels (Fridays for Future), gegen die Untätigkeit der Regierenden, gehen weltweit Millionen von Menschen – vor allem Jugendliche (in Österreichs jeweils 30.000 bis 40.000 Menschen) auf die Straße. Sie demonstrieren für ihre/unsere Zukunft und die Zukunft des Überlebens auf unserem Planeten Erde. Ende September findet der 3. Weltklimastreik statt.

Die herrschenden Wirtschafts- und Politeliten, die mit ihrem kapitalistischen Ressourcenverschwendungs- und Wegwerf-Wirtschaftssystem den weltweiten Klimawandel verursachen, müssen darauf reagieren. Unter den Machthabern in Konzernen und Regierungen gibt es etwa drei Fraktionen. Keine nimmt die heraufziehende Klimakatastrophe wirklich ernst, sondern alle versuchen, den völlig berechtigten Aufschrei, die völlig berechtigten Proteste und Schülerstreiks letztlich zu kanalisieren und damit zu bekämpfen und unwirksam zu machen. Doch damit kann man höchstens die Proteste aufschieben, die Klimakatastrophe aber verschärft sich dadurch, weil im Prinzip alles beim Alten bleibt, bestenfalls wieder einmal „grün“ angestrichen oder „klimafreundlich“ beschildert werden soll.



Strohalm der Konzerne
(Karikatur: Wiener Zeitung, 9.7.2019)

Da gibt es

- die offenen Klimawandel-Leugner á la Trump & Co – auch in Österreich – z.B. die FPÖ
- die Verharmloser und Beschwichtiger v.a. in den Regierungen
- die „Klima-Anpassung“-Prediger, v.a. in Kreisen der Wirtschaft, die sich davon ein neues Geschäftsfeld wie „Bio“, „CO2-neutral“ usw. erhoffen und versuchen in ihrer kapitalistischen Profit- und Wegwerfwirtschaft zu retten was zu retten ist – nämlich die Profitmacherei und NICHT das Klima.

Wie?

Indem behauptet wird, dass ein „**Grüner Kapitalismus**“ der Ausweg wäre – und eben nur auf Basis von freier Marktkonkurrenz, also nur kapitalistisch möglich sei. Also in Wirklichkeit, weiterhin umweltschädlich Wirtschaften. Als Beispiele werden z.B. genannt: Umstellung auf E-Autos, auf E-Räder, auf E-Bikes, auf noch stromintensivere Digitalisierung, Nutzung der energiefressenden „Blockchain“-Technologie, 5G-Technologie (z.B. für selbstfahrende Fahrzeuge, „smarte“ selbstkommunizierende Wohnungen, Stromzähler usw.)

Nicht vergessen soll dabei werden, dass viele dieser als so neu beworbenen „smarten“ Technologien auch ein riesiges Überwachungsmonopol für Konzerne und Regierungen bedeuten.

Da das alles noch stromfressender und ressourcenraubender ist (Stichwort: seltene Erden) wird deshalb wieder einmal die Atomenergie (schwimmende AKWs für energieintensive schwimmende Städte) und die Gentechnik aus dem Giftschränk der Konzern-Propagandisten geholt.

Ergebnis: Alles ein neues super Geschäft mit viel Profitmöglichkeiten für findige „Start-Up“-Kapitalisten, reiche Länder und reiche Investoren. Smart, klug? Ja, klug in den Augen Weniger, katastrophal für die Masse der Menschen und unserer Umwelt.

Eines vor allem soll nicht angetastet werden: die ressourcenfressende, energieraubende, Menschen vernichtende, Produkte verschleudernde kapitalistische Profit- und Wegwerfproduktions- und Konsumgesellschaft.

Will man wirklich etwas ändern, wirklich etwas gegen Klimawandel und Menschen- und Umweltvernichtung wirksam tun, muss genau hier angesetzt werden. Ohne Umstellung der Profitwirtschaft auf eine Solidarwirtschaft wird es keinen Fortschritt für die Menschen geben.

Ursache für Klimakatastrophe und zunehmende Armut in der Welt – immer offener auch bei uns in den „goldenen“ Industrieländern zu sehen – sind der auf Ausbeutung von Natur und Mensch beruhende Kapitalismus, der sich gerne als „freiheitsliebender Neoliberalismus“, der durch Globalisierung „Gleichheit“ für alle bringen würde, tarnt. Besonders in der sogenannten Dritten Welt sieht man ganz deutlich die negativen Auswirkungen dieser neoliberalen „Segnungen“ und bei uns durch den Abbau der Sozialsysteme, Arbeitslosigkeit, Altersarmut usw.

Dieser „neoliberale Ausweg“ erzeugt aber zur Absicherung seiner Profite ständig Umweltzerstörung, Krisen, Wirtschafts- und Handelskonflikte bis letztlich militärische Konflikte und Kriege um Rohstoffe und Einflusszonen. **Krieg als Endpunkt dieser Profitwirtschaft ist der größte Umwelt-, Klima- und Menschenkiller!**

Den „Klimanotstand“ ausrufen! Das fordern manche Klimakämpfer. Doch dass jetzt – nachdem in den letzten 20 Jahren schon viele Gemeinden in Österreich sich zu „Klimabündnisgemeinden“ erklärt haben ohne dass die CO₂-Emissionen zurückgingen, ja in Wirklichkeit weiter stiegen und steigen – Gemeinden und Städte sich nun als „Klimanotstands“-Gemeinden outen, ist absolut zu wenig! Das alleine beinhaltet die Gefahr, dass den Menschen, die sich gegen die Klimakatastrophe engagieren wollen, wiederum von den Etablierten in den Büros der produzierenden Konzerne des Handels sowie aus den Politstuben Sand in die Augen gestreut wird – aber keine reale Veränderung zum positiven bewirkt wird.

Auch die **Forderung nach Klimaschutz in der Verfassung und dass alle Gesetze auf „Klimaneutralität“** vor Inkrafttreten zu prüfen seien, greift zu kurz – wie schon jetzt das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zeigt. Trotz UVP werden in Österreich so viele Flächen versiegelt wie in keinem anderen EU-Land. Und ist die UVP für die Wirtschaft einmal ein Hindernis, wird trotz Verbot die 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat doch genehmigt, weil das Urteil des einen Gerichts von einem anderen Gericht ohne Einspruchsmöglichkeit aufgehoben wird. Ähnlich verhält es sich bei der Lobau-Autobahn im Nordosten Wiens, die gegen alle negativen Gutachten trotzdem gebaut werden soll.

Klimademokratie statt „Klimanotstand“. Auch das Klimavolksbegehren, das jetzt in Gang gesetzt wurde, das die Regierenden nur aufruft, auf allen Ebenen den „Klimanotstand“ (siehe oben) auszusrufen, greift zu kurz und wird schon von den Etablierten dazu missbraucht sich im Klimaprotest zu sonnen. So bekennen sich vor den kommenden Nationalratswahlen praktisch alle Parteien mehr oder weniger zum „Klimaschutz“, verlangen „Klima(bei)rat“ oder „Klimakonvent“. Gleichzeitig wird von der Wirtschaft das Mercosur-Abkommen der EU mit Brasilien hochgelobt, wo die neue Rechtsregierung

gerade im Amazonasgebiet zu Waldbrandlegungen ermutigt.

Die Menschen auch bei uns wollen das alles nicht mehr widerspruchslos hinnehmen. Deshalb verbreiten immer mehr Medien gleichzeitig, als Vorbereiter und Wegbereiter der Interessen der Konzerne in den Köpfen der Menschen, dass es – wollen wir der Klimakatastrophe entgehen – ohne Verzicht, ohne unangenehme Maßnahmen (Klimanotstand?), ohne Atomkraft und Gentechnik nicht gehen wird, wir uns darauf einstellen werden müssen. Die Konzerne werden uns zu verkaufen versuchen, dass alte (Atomkraft, Gentechnik) und neue Profitquellen im Namen von „Klimaschutz“ das kleinere Übel sind. Seien wir also wachsam und weisen das entschieden zurück!

Was gegen die Klimakatastrophe, für den Schutz unseres Lebens und unserer Umwelt notwendig ist, ist dieses Wirtschafts- und Profitsystem radikal zurückzudrängen und letztlich zu beseitigen. Solidar- und Gemeinwirtschaft statt Konkurrenz- und Profitwirtschaft.

Das heißt z.B. mehr E-Bahn statt E-Autos, mehr öffentlicher Verkehr, lokale Produktion statt globalen Transport, Mobilität für die Menschen statt Mobilität für die Konzerne, langlebige Produkte statt Wegwerferzeugnisse, anders bauen und wohnen, neue Raumordnung für Mensch und Umwelt statt für Bodenspekulanten.

Es bedeutet auch

- weniger Arbeiten statt mehr Arbeiten (Arbeitszeitverkürzung), weil langlebige Produkte nicht so viel Arbeit brauchen
- mehr Freiheit für die Menschen, weniger Freiheit für die großen Konzerne
- statt Arbeit die Wertschöpfung der Konzerne und das Vermögen der Reichen besteuern, das sie sich nicht durch eigene Arbeit, sondern durch unsere unterbezahlte Arbeit angehäuft haben

Mit diesem Geld können Klimawandel bekämpft, Umwelt geschützt und unsere Sozialsysteme abgesichert werden. Das schwächt zwar das Profitmachen einiger Weniger, erhöht aber Lebens- und Umweltqualität der Masse der Menschen.



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien

www.atomgegner.at